

# «No Billag» spaltet das Tessin

In der italienischen Schweiz tobt der Abstimmungskampf um das gebührenfinanzierte Radio und Fernsehen mit besonderer Schärfe

Der wichtige Arbeitgeber RSI würde verschwinden, und die italienische Sprachregion wäre noch weniger sichtbar im Land: Das fürchten die Gegner der No-Billag-Initiative im Tessin. Rechtspolitiker sprechen indes von einem längst fälligen Wandel.

PETER JANKOVSKY, COMANO

«Das Tessiner Radio und Fernsehen.» Diese fehlerhafte Formulierung hört man in der Deutschschweiz häufig, wenn von der RSI die Rede ist. Das Kürzel steht für Radiotelevisione Svizzera di lingua italiana, und diese Unternehmens-einheit der SRG SSR deckt nicht nur das Tessin, sondern auch vier Südbündner Täler ab. Die italienische Schweiz mit ihren rund 370 000 Einwohnern reicht eben über die Kantons Grenzen hinaus. Hierbei wird eines deutlich: Die nationale Kohäsion beruht auch auf dem Umstand, dass kleine Landesteile in deren Sprache mit Nachrichten und Unterhaltung bedient werden und so die kulturelle Vielfalt gefördert wird.

Über die Art und Weise gehen die Meinungen allerdings auseinander. Seit längerem wird vor allem nördlich des Gotthards die Frage gestellt, warum die RSI 20,5 Prozent der Einnahmen aus der gesamtschweizerischen Radio- und TV-Empfangsgebühr erhalte – für insgesamt 8,1 Prozent aller Einwohner in der Schweiz, die Italienisch als ihre Muttersprache angeben. Im Tessin selber bemängeln die meisten Vertreter der Lega dei Ticinesi sowie einige SVP-Exponenten die Folgen dieses grossen Geldflusses in den Süden: Die jährlichen 238 Millionen Franken hät-

## No-Billag-Initiative

Eidgenössische Volksabstimmung vom 4. März 2018

ten die RSI «aufgeblasen, träge und immun gegen Kritik» werden lassen.

In den Augen von Lega-Nationalrat Lorenzo Quadri sind zudem das Kader und die meisten Journalisten der RSI Linke, die ihre mediale Vormachtstellung regelmässig für politische Propaganda missbrauchen. Doch vor allem sieht es Quadri als überfällig an, mittels eines Ja zu «No Billag» auch die Tessiner Bevölkerung von der Pflicht zu entbinden, eine generelle, übersteuerte Gebühr für Inhalte zu zahlen, die sie oft gar nicht interessieren. Lieber soll auch die RSI einzelne Inhalte gegen gezielte Bezahlung anbieten, wie der Lega-Nationalrat auf Anfrage erklärt.

«Bei einem Ja zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren wird die RSI verschwinden», sagt deren Direktor Maurizio Canetta bei einem Gespräch mit der NZZ. Und damit der flächendeckende Service public, wie ihn heute die RSI garantiert. Ausserdem würden alle 1178 Mitarbeiter ihre Stelle verlieren. Laut Canetta ist der Markt der italienischen



Ein Techniker bereitet eine Aufzeichnung im Studio vor. RSI ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Tessin. PABLO GIANINAZZI / TI-PRESS / KEYSTONE

Schweiz schlicht zu klein, um ohne öffentliche Gebühren dem verfassungsgemässen Auftrag entsprechen zu können, für die drei grossen Sprachregionen der Schweiz das gleiche Angebot an nationaler wie regionaler Berichterstattung und Unterhaltung bereitzustellen. Ginge es nach den Vorstellungen des «No-Billag»-Komitees, so würde beispielsweise ein Einzelabonnement des «Telegiornale» von RSI unzumutbare 2000 Franken pro Jahr kosten, erklärt Canetta.

Auch den Vorwurf des politischen Linksdralls lässt Canetta nicht auf sich sitzen. Er selber habe eine SP-Vergangenheit, aber diese spiele bei seinen Entscheidungen als Direktor keine Rolle. Generell berücksichtige die Berichterstattung der RSI alle politischen Parteien in der italienischen Schweiz. Und da die Lega die zweitstärkste Kraft im Tessiner Grossen Rat sei, dürfte sich auch unter den RSI-Journalisten so manch ein Lega-Wähler befinden.

## Fake-News

Laut Lorenzo Quadri wird die RSI bei einem Ja zu «No Billag» in keiner Weise verschwinden; dies sei nur eine der wiederholten Fake-News der Radiotelevisione della Svizzera italiana. Und die hohe Zahl der RSI-Angestellten beweise, dass Canettas Anstalt überdimensioniert sei. Der Vizepräsident der Tessiner SVP, Alain Bühler, argumentiert in einem Interview mit der Zeitung «Corriere del Ticino» ähnlich und verwirft entschieden das negative Szenario von

über 1000 zu Entlassenden. Vielmehr würde die RSI bei einem Ja von den unternehmerischen Einschränkungen befreit, die ihr der Staat auferlege.

Im Tessin ist die RSI ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. So rangiert sie punkto Mitarbeiterzahl an vierter Stelle. Auf Platz eins befindet sich der Kanton mit insgesamt 8520 Personen (Lehrerschaft eingerechnet), danach folgen der Verbund der öffentlichen Tessiner Spitäler (EOC, 5485 Angestellte) sowie seit der Gemeindefusion von 2014 die Verwaltung von Gross-Lugano mit 1650 Mitarbeitern. Was die Wertschöpfung der RSI anbelangt, beläuft sich diese laut einer Studie des privaten Forschungsinstituts BAK Basel auf 213 Millionen Franken pro Jahr. Rund 850 Tessiner Firmen erhalten von der RSI Aufträge für insgesamt 40 Millionen jährlich, was die Schaffung von 500 Stellen ermöglicht hat.

Die Diskussion um «No Billag» bewegt den Südkanton sichtlich. Erst kürzlich demonstrierten über 2000 Menschen, darunter viele RSI-Mitarbeiter, in Bellinzona gegen die Initiative. Sowohl die RSI wie auch die private TV-Station Teleticino senden in Abständen Debatten zu «No Billag», und auch die Zeitungen berichten regelmässig, so zum Beispiel der «Corriere del Ticino» mit einer Serie grosser Interviews. Und die Politiker geben sich emotionaler als gewöhnlich. So richtete FDP-Ständerat Fabio Abate in einer RSI-Sendung die Frage an SVP-Mann Bühler, ob dieser «sich nicht schäme», im Tessin Ideen zu verbreiten, welche die sprachpolitischen Rechte der

schweizerischen Minderheiten mit Füssen träten. Bühler konterte, für ihn stehe das Recht des Stimmvolkes im Vordergrund, über die Art und Bezahlung des persönlichen Konsums von Radio- und TV-Inhalten selber zu entscheiden.

Abates christlichdemokratischer Ständeratskollege, der Medienunternehmer Filippo Lombardi, bezeichnet die No-Billag-Initiative als «antischweizerisch». Der ehemalige CVP-Staatsrat Luigi Pedrazzini, Präsident des Publikumsrates der RSI, argumentiert ähnlich und befürchtet zudem einen deutlichen Verlust an Sichtbarkeit der italienischen Schweiz im Rest des Landes. Der Tessiner Regierungspräsident Manuele Bertoli (sp.) schliesslich sieht keine richtige Alternative zur RSI bei einem Ja zu «No Billag», wenn der gleiche Service public aufrechterhalten werden soll. Weiter hält Bertoli fest, dass selbst die Lega bei diesem Thema gespalten sei. Dem widerspricht Quadri mit der Aussage, seine Partei unterstütze die Initiative. Dass die beiden Lega-Staatsräte Claudio Zali und Norman Gobbi «No Billag» ablehnten, sei grösstenteils ihrer institutionellen Funktion geschuldet, erklärte der Lega-Nationalrat gegenüber dem Newsportal «Liberatv.ch».

Zudem hat sich auch der prominente Legist Marco Borradori, Ex-Staatsrat und Stadtpräsident von Lugano, gegen die Initiative ausgesprochen. Bei aller gerechtfertigten Kritik an Canettas Sender schätzt er unter anderem die Tatsache, dass die RSI, die ihren Hauptsitz in Comano bei Lugano hat, gerade vielen Personen im Grossraum Lugano

Arbeit gibt und auch kulturelle Werte generiert. Die Tessiner SVP schliesslich hat Stimmfreigabe beschlossen, und deren bekannteste Vertreter sind auch nicht einer Meinung.

Und wie denken eigentlich die Tessiner Stimmberechtigten? Da die Lega zweitstärkste Kraft im kantonalen Parlament ist, müsste ihre Haltung so manchen Tessiner beeinflussen. Dies bleibt aber unsicher. Ein Umstand ist allerdings bemerkenswert: Während 2015 auf nationaler Ebene das neue Gebührensystem im Rahmen des revidierten Radio- und Fernsehgesetzes mit hauchdünnen 50,08 Prozent angenommen wurde, sagten 52 Prozent der Tessiner Nein. «Es war ein Nein zur Gebührenerhöhung», kommentiert Regierungspräsident Bertoli. Trotz diesem relativ klaren Tessiner Votum habe sich bei der RSI nichts gebessert, eher im Gegenteil, sagt wiederum Quadri.

## Kompromisslösung angestrebt

RSI-Direktor Canetta liess damals eine Umfrage starten, die Folgendes ergab: Es überwog der typische Reflex der Bevölkerung gegen neue Gebühren, jedoch war sekundär auch eine gewisse Unzufriedenheit mit der RSI festzustellen. «Unser Fehler war damals das Versäumnis, im Voraus die Bedürfnisse und die Zustimmung des Publikums zu bestimmten Sendegefässen abzuklären», sagt Canetta. Auch habe man nicht ausreichend erklärt, dass die RSI einen gewissen Aufwand punkto Struktur und Personal für beliebte Sendungen betreiben müsse, wenn die hohe Qualität erhalten werden solle.

Am Ende gibt sich Lega-Nationalrat Quadri realistisch: Er glaube nicht, dass «No Billag» angenommen werde, wahrscheinlich nicht einmal im Tessin, zitiert ihn der «Corriere». Doch die Unterstützung der Initiative sei wichtig, um den Weg für eine spätere Kompromisslösung frei zu machen, zum Beispiel für Radio- und TV-Gebühren von höchstens 200 Franken. Unabhängig vom Ausgang der «No Billag»-Abstimmung vom kommenden 4. März ist die RSI ohnehin zu einem tiefgreifenden Wandel punkto Infrastruktur und Angebot gezwungen, wie Quadri auf Anfrage sagt. Dem könne sie sich angesichts der fortschreitenden Digitalisierung nicht entziehen.

Das weiss auch Canetta. Gemäss seinen Worten muss die RSI nach der Abstimmung die Prioritäten punkto Angebot und Kanälen neu festlegen. Das bedeutet zum Beispiel eine neue Ressourcenzuteilung für den digitalen Bereich, der für die Jungen wichtig ist. Canetta hat also die schwierige Aufgabe, sämtliche RSI-Inhalte an die digitalen Kanäle anzupassen und dabei die Social Media noch stärker zu berücksichtigen. Doch ein Ziel ist für den RSI-Direktor noch wichtiger: In der heutigen Zeit der Fragmentierung von Informationen muss es eine Anstalt geben, die diese Bruchstücke zusammenfügt – und einordnet.

# Neue Züge kommen nicht in Fahrt

Softwareprobleme könnten den Einsatz der SBB-Doppelstöcker von Bombardier verzögern

GIAN ANDREA MARTI

Die Inbetriebnahme der 62 Doppelstockzüge, welche die SBB 2010 für rund 1,9 Milliarden Franken beim kanadischen Zugbauer Bombardier bestellt haben, hätte eigentlich schon vor fünf Jahren erfolgen sollen. Wegen technischer Probleme und Lieferungsaustritten sind die Fahrzeuge bis heute nicht im Einsatz. Dies, obwohl das Bundesamt für Verkehr im November 2017 eine befristete Betriebsbewilligung für 6 der 62 geordneten Bombardier-Züge erteilt hat.

Die Testfahrten Ende 2017 seien nicht zufriedenstellend verlaufen, berichtete Radio SRF. Die Software der Züge be-

reitet nach wie vor Probleme. So dauere es nach einem längeren Halt teilweise bis zu 40 Minuten oder länger, bis die Züge wieder hochgefahren seien, wurden zwei SBB-Lokomotivführer zitiert.

Sowohl bei den SBB als auch bei Bombardier ist das Problem der langen Aufstartzeiten der Züge bekannt, wie es in einer Stellungnahme zur Radiosendung hiess. Es sei aber nicht so, dass das Aufstarten der Software in jedem Fall 40 Minuten dauere, sagte SBB-Mediensprecher Christian Ginsig auf Anfrage der NZZ. Dank einem Software-Update habe man diese Problemfälle mittlerweile auf rund 20 Minuten reduzieren können. Neue Software-Releases sollen weiter Abhilfe schaffen.

Für die Betriebseinführung seien derzeit die letzten Vorbereitungen im Gange, sagte Ginsig. Der neue Zug soll schrittweise eingeführt werden. «Es ist geplant, dass der Zug ab Dezember 2018 im vollen Software-Funktionsumfang eingesetzt werden kann.» Über die Zahl der dann rollenden Bombardier-Züge könne er noch keine Angaben machen. Die Software ist aber nicht das einzige Problem, das gelöst werden muss. So ist die Beschwerde von Behindertenverbänden gegen die befristete Betriebsbewilligung der ersten sechs Zugkompositionen am Bundesverwaltungsgericht noch hängig. Da die Beschwerde von Gesetzes wegen eine aufschiebende Wirkung hat, hoffen die SBB auf einen raschen Entscheid.

## IN KÜRZE

### Luftwaffe groundet fünf Kampffjets wegen Rissen

(sda) · Die Luftwaffe hat bei einem weiteren F/A-18-Kampffjet Risse festgestellt. Damit weisen 5 der insgesamt 30 Flugzeuge Mängel auf. Wie es mit den Maschinen weitergeht, ist unklar. Laut dem Verteidigungsdepartement ist offen, ob Bauteile ersetzt werden müssen, wie hoch die Kosten sind und ab wann die Maschinen wieder eingesetzt werden können. Die Abklärungen seien im Gang, heisst es in einer Mitteilung vom Montag. Der Luftpolizeidienst und die Einsatz der Luftwaffe seien weiterhin uneingeschränkt gewährleistet. Die Luftwaffe hatte vergangene Woche entdeckt, dass an einer Landeklappen eines F/A-18-Kampffjets ein Befestigungsscharnier ge-

brochen war. Daraufhin wurde die gesamte Flotte untersucht.

### Zusätzliche 12 Millionen Franken für Rohingya

(sda) · Die Schweiz stellt zusätzliche 12 Millionen Franken als Hilfe für die aus Myanmar geflüchteten Angehörigen der Rohingya-Minderheit zur Verfügung. Dies kündigte Bundespräsident Alain Berset am Montag bei seinem Besuch in Bangladesh an. Fast 700 000 Rohingya sind seit dem Sommer letzten Jahres aus ihrer Heimat in der myanmarischen Provinz Rhakine ins Nachbarland Bangladesh geflohen. Auslöser war eine Offensive der Armee Myanmars, die von der Uno als ethnische Säuberung taxiert wurde. Der Bund hatte bereits nach Ausbruch der Krise anlässlich einer Geberkonferenz in Genf 8 Millionen Franken Flüchtlingshilfe gesprochen.